Medienkommentar

Der Nahe Osten wird zur explosiven Bedrohung

**Medienberichten zufolge befindet sich der Nahe Osten in Aufruhr, nachdem ein Film Verbreitung fand, in dem der Prophet Mohammed lächerlich gemacht wird.**

Medienberichten zufolge befindet sich der Nahe Osten in Aufruhr, nachdem ein Film Verbreitung fand, in dem der Prophet Mohammed lächerlich gemacht wird.
In etlichen muslimischen Ländern waren in ihrer Wut Tausende auf den Straßen, verbrannten amerikanische Flaggen und stürmten westliche Botschaften. So wurde bereits am Dienstag der amerikanische Botschafter in Libyen Chris Stevens und drei seiner Mitarbeiter unter ominösen Umständen getötet und auch die deutsche Botschaft im Sudan wurde am Freitag gestürmt. Die Aufrührer rissen das Emblem der deutschen Vertretung nieder und hissten die islamische Flagge, wie Augenzeugen berichteten. Sie warfen Fensterscheiben ein und legten vor dem Haupttor Feuer.

Verantwortlich für diese massiven Unruhen wird ein angeblich radikaler koptischer Christ aus den USA gemacht, der das Mohammedkritische Video produziert haben soll. Der Verdächtige selbst hat sich nach Berichten der Agentur Reuters zu den Vorwürfen noch nicht geäußert. Auch gegen die radikal wütenden Muslime richtet sich die Berichterstattung der großen Medien. Einmal mehr wird hier das Bild der wilden religiösen Fanatiker gebraucht, die mit ihrem Glauben die Welt in eine gefährliche Schieflage manövrieren. Doch hochrangige Analytiker machen deutlich, dass hier ganz andere Aspekte in Betracht gezogen werden müssen.

Die Ereignisse fügen sich in das Kriegsgetrommel ein, das vor allem von den USA und ihren Verbündeten, aber auch von Israel ausgehend seit Monaten die Luft im Nahen Osten in Schwingungen versetzt. Aufgrund der massiven Auswirkungen, die ein solcher Krieg auf den gesamten Weltfrieden haben wird, ist es dringend geboten, einige Fakten über die aktuellen Geschehnisse zusammenzutragen:
»Nach Angaben hochrangiger diplomatischer Quellen verfügte das amerikanische Außenministerium bereits 48 Stunden vor den Angriffen des Mobs auf das Konsulat in Bengasi und die Botschaft in Kairo über glaubwürdige Informationen darüber, dass es zu Angriffen auf die amerikanischen Missionen kommen könnte. Aber die dortigen Diplomaten wurden offenbar nicht gewarnt«, so berichtet die Britische Zeitung The Independent.

Da drängt sich die Frage auf, ob es sein könnte, dass Botschafter Stevens hier gewissermaßen als „Bauernopfer“ sein Leben lassen musste? Obwohl sein Leben scheinbar hätte geschützt werden können, hat die US-Regierung dies nicht getan. Obama machte unmissverständlich klar, dass der Tod des amerikanischen Botschafters in Libyen nicht ungesühnt bleiben werde. In einer Gedenkrede für Stevens sagte er: "Wir werden nicht schwanken in unserem Bestreben, nach dieser schrecklichen Tat Gerechtigkeit zu üben. Und seien Sie sicher, der Gerechtigkeit wird genüge getan werden."
Ähnliche Worte kennen wir schon von Obama und auch von seinem Amtsvorgänger Bush, der nach dem 11.September 2001 offiziell den Krieg gegen die so genannte „Achse des Bösen“ begann. Seitdem ist im Nahen Osten, einer Region, die über riesige Erdölvorkommen verfügt und auch aus anderen Gründen strategisch sehr wichtig ist, ein Krieg nach dem anderen geführt worden.

Dass er einmal mehr gewillt ist, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen, macht Obama seinen Gegner unmissverständlich klar. So berichtet die Nachrichtenagentur Associated Press, dass das Pentagon zwei Kriegsschiffe der Arleigh-Burke-Klasse vor die Küste Libyens beordert hat. Wahrscheinlich ist auch der Einsatz von Drohnen zur Unterstützung und Aufklärung potenzieller Ziele geplant. Bereits zuvor war eine Spezialeinheit des so genannten Fleet Antiterrorism Security Team (FAST) aus 50 Marinesoldaten in die libysche Hauptstadt Tripolis entsandt worden. Dies gilt es vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der Region ohnehin bereits seit Monaten Truppen zusammengezogen werden.

Es wird deutlich, dass es hier nicht nur um einen Mohammedkritischen Film geht, sondern um die Schaffung eines noch größeren Chaos’ im Nahen Osten, der in ähnlicher Hinsicht zum Pulverfass geworden ist, wie der Balkan vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dieses Pulverfass explodierte, nachdem am 28.Juni 1914 der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo erschossen worden war. Ob auch der Tod des amerikanischen Botschafters Stevens in Libyen als Anlass für einen neuen verheerenden Krieg genutzt wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

**von sp.**

**Quellen:**

<http://www.independent.co.uk/news/world/politics/revealed-inside-story-of-us-envoys-assassination-8135797.html><http://www.n-tv.de/politik/Obama-kuendigt-Gerechtigkeit-an-article7202056.html><http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/redaktion/usa-entsenden-kriegsschiffe-vor-die-libysche-kueste.html>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.